



## IG BAU fordert Solidarität mit den Protestierenden im Iran



Ulrike Laux, Mitglied des Bundesvorstandes IG BAU Foto: IG BAU Alexander Paul Englert

*Internationaler Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen am 25. November.*

"Tag für Tag erleben Frauen und Mädchen Drangsalierung und Gewalt, hier und anderswo. Das muss endlich aufhören, Frauenrechte sind Menschenrechte!" Das sagt Ulrike Laux, Mitglied im Bundesvorstand der Industriegewerkschaft-Bauen-Agrar-Umwelt und unter anderem zuständig für Frauenpolitik, anlässlich des Internationalen Tags zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen am 25. November. Insbesondere ruft sie dazu auf, sich solidarisch zu erklären mit der Kampagne "Jin. Jiyan. Azadî. Frau. Leben. Freiheit." von mehreren Frauenorganisationen sowie des DGB mit seinen Mitgliedsgewerkschaften. Die seit dem 20. Oktober laufende bundesweite Aktion macht auf die protestierenden Frauen im Iran aufmerksam. "Das iranische Unrechtsregime foltert, misshandelt, vergewaltigt und tötet all jene, die es wagen, für Frauen- und Menschenrechte zu demonstrieren. Es geht erbarmungslos gegen alle vor, die sich für Demokratie einsetzen, in der Frauen- und Minderheitenrechte geachtet werden", erklärt Laux. Seit mehreren Wochen riskierten die mutigen Mädchen und Frauen wie auch Männer ihr Leben und demonstrierten auf den Straßen.

Ausgelöst wurden die landesweiten Proteste vom Tod von Jina Masha Amini. Sie hatte gegen die islamische Kleiderordnung verstoßen, wurde verhaftet und starb kurze Zeit später. Die Proteste werden von Mädchen und Frauen getragen und zum ersten Mal sind die Proteste Alters-, Schichten und Ethnien übergreifend. "Trotz aller Versuche des iranischen Regimes seine Taten zu vertuschen, das Internet abzuschalten und Familienangehörige zu falschen Aussagen zu zwingen, werden immer wieder unfassbare und schockierende Bilder publik", so die Gewerkschafterin. Deshalb sei es umso wichtiger, sich öffentlich solidarisch mit den mutigen Protestierenden zu zeigen. "Zudem appelliere ich an die Bundesregierung, sich durch eine feministische und menschenrechtsbasierte Außenpolitik für die Entlassung der Inhaftierten und zum Tode Verurteilten einzusetzen und den couragierten Protest der iranischen Zivilgesellschaft zu unterstützen."